

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3. Spalte. Bestelle. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Althofstr. 7 & 8. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Die Millionäre für lange Arbeitszeit.

Bekanntlich wurde durch die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 der Achtstundentag befestigt. Das Ideal derer, die auch schon etwas von schwerer Arbeit gehört haben wollen, wurde Wirklichkeit. Der Zehn- und Zwölfstundentag hat in vielen Betrieben wieder Platz gegriffen. Damals hat der Reichsarbeitsminister Dr. Bruns erklärt, die Verordnung sei nur eine Übergangsregelung. Zudem stehe die Ratifikation des Washingtoner Abkommens bevor. Weil aber diese Ratifikation in Deutschland nicht vom Platze kommen will, deshalb haben nunmehr die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen vom Reichstag den Erlaß eines Notgesetzes gefordert, das den Achtstundentag wieder herstellt. Über diese Forderung muß der Reichstag alsbald entscheiden. Darüber sind die Besitzer der von den Arbeitern geschaffenen Reichskammer aus dem Häuschen geraten. Sie haben sich mit folgendem Notkrei an die Reichsregierung gewandt:

Die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitnehmer haben sich mit einer gemeinsamen Entschliessung an die Öffentlichkeit gewendet, in der zur Behebung der Arbeitslosigkeit die sofortige Wiederherstellung des Achtstundentages im Wege eines Notgesetzes verlangt wird. Hierzu erklären wir, daß ein solcher Eingriff in die Produktionsgrundlagen der deutschen Wirtschaft nach der wirtschaftlichen Seite eine Verminderung der Produktionsleistung und damit letzten Endes eine Preisversteigerung mit allen ihren verhängnisvollen Folgen nach innen und außen nach sich ziehen müßte. Vor allem aber würde dieser Schritt keine irgendwie ins Gewicht fallende Wiedereinstellung von Arbeitslosen zur Folge haben, wohl aber in seinen weiteren Auswirkungen die auf tiefste zu beklagende heutige Arbeitslosigkeit sicher nur noch verstärken.

Die Arbeitszeit, wie sie jetzt in der deutschen Wirtschaft gehandhabt wird, ist auf gesetlicher Grundlage im Einvernehmen mit den deutschen Arbeitnehmern so gestaltet worden, wie es den Lebensbedürfnissen der deutschen Wirtschaft zur Überwindung der aus dem Kriege, der Inflation und den weltwirtschaftlichen Veränderungen hervorgegangenen Schwierigkeiten entspricht. Die heutige, leider vielfach zu optimistisch angelebene, unserer Überzeugung nach noch durchaus ernste und nicht gesicherte Lage der deutschen Wirtschaft erlaubt es nicht, unsere Produktion so schweren Erschütterungen auszuliefern, wie sie die von den Gewerkschaften verlangte gesetzliche Maßnahme unserer festen Überzeugung nach mit sich bringen würde. Wir wenden uns daher mit größtem Ernst warnend sowohl an die Reichsregierung wie auch an die politischen Parteien mit der dringenden Bitte, das dem gesamten Volke drohende Unheil abzuwehren.

- Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. gez. Ernst v. Borfig.
Reichsverband der Deutschen Industrie. gez. Duisberg.
Deutscher Industrie- und Handelstag. gez. v. Mendelssohn.
Hauptverband für Gewerbe, Handel u. Industrie. gez. Dr. Fischer.
Reichsverband der Bankleitungen. gez. Dr. Mosler.
Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes. gez. Niefer.
Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. gez. Heinrich Grünfeld.
Zentralverband des deutschen Großhandels. gez. Ravens.
Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels. gez. Dr. Lustig.
Reichsverband des Deutschen Handwerks. gez. Verlien.
Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmen. gez. Nordhoff.

Diese armen Teufel, sie verhungern schon wieder einmal. Und um dem Schlimmsten vorzubeugen, protestieren sie, getreu guter Urgroßväterliste, gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit. Nur acht Stunden täglich zu arbeiten, das hält kein Unternehmer aus. Wie sollen denn da die Millionengewinne im nächsten Jahre zu Milliarden gewinnen werden, wie man es sich nach der Rationalisierung so schön ausgemalt hatte? Die Vorteile der Rationalisierung sollen doch nur den Kapitalbesitzern zugute kommen. Was fragt denn ein richtiger Unternehmer nach Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, nach Hunger und Elend? So klingt es aus den Zeilen des Kleinkrämerlums, die sich als die Wirtschaftsführer bezeichnen. Keine Spur von Großzügigkeit ist da zu finden. Genau dieselbe Kleingeistigkeit kommt da zum Ausdruck wie schon 1846 im englischen Parlament, als das Schnitzstundengesetz zur Beratung stand. Da jammerten die Unternehmervertreter, das Gesetz würde die Industrie ruinieren, ihre Konkurrenzfähigkeit aufheben, kurz und gut usw. genau wie heute auch noch Duisberg, Borfig und die anderen Geschmäner. Wenn es also nach diesen Leuten ginge, dann hätten wir im Jahre 2000 auch noch den Zwölfstundentag, trotz technischen Fortschritts.

Die deutschen Unternehmer missamt den Bankmenschen und dem Händlertum sind mit unheilbarer Blindheit geschlagen. Sie wollen wirklich ihre soziale Verantwortlichkeit so weit treiben, bis selbst ihre eigenen Geschäfte die Gemeingefährlichkeit eines solchen Wirtschaftsführertums mit dem Stock im Durseln fühlen können. Die Herren wollen wirklich warten, bis eine Sündflut sie wegschwemmt. Ihnen mußte schon von jeder Fortschritt abgerungen werden. Werhalb soll es diesmal anders sein? Freiwillig geben sie der Arbeitererschaft nur etwas von deren Freiheit. Die Inflation hat das ja mit ihrer Vettelwohlfabrik wieder bewiesen. Und einer ihrer Vertreter steht mit an der Spitze der Arbeiterfeinde.

Nicht die Unternehmerverbände, sondern die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften vertreten mit ihrer Forderung die Lebensinteressen des deutschen Volkes.

Die Unternehmerverbände vertreten einfach die Interessen des Kapitals. Daß sie die Tatsache mit allerlei Floskeln zu verbrämen suchen, ändert nichts an der Wahrheit dieser Behauptung.

Von der Werbewoche.

Viele sind mit berechtigtem Zweifel an die Werbearbeit herangegangen. Bei dieser schlechten Zeit, d. h. während der Krise mit ihrer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, ist ja doch nichts zu erreichen, so sagte mancher. Sie hatten nur halb recht, die so sprachen, denn in einer ganzen Anzahl von Fällen sind wesentliche Erfolge erzielt worden. Das ist ein Beweis dafür, daß die Agitation zu jeder Zeit betrieben werden kann, solange noch unorganisierte Arbeitende vorhanden sind. Allerdings, es kommt auf die Art der Agitation an. Auch dieses Mal hat sich gezeigt, daß die Zeit der großen Werbeversammlungen vorbei ist. Überall dort, wo öffentliche oder Betriebsversammlungen arrangiert worden sind, blieben die Unorganisierten fern. Sie wußten, was wir wollten, und deshalb kamen sie nicht. Solche Versammlungen waren — von vereinzelt Ausnahmen abgesehen — ausschließlich von Organisierten besucht, und die Redner mußten sich in ihren Ausführungen umstellen. Gewiß, auch diese Versammlungen waren nicht vergebens, wenn auch der gewollte Zweck nicht erreicht worden ist. Die erfahrenen Redner — auf alle Eventualfälle vorbereitet — hatten sich mit Referaten beherrschter Art versehen, und so konnte ein Stück Schulung der Mitgliedschaft erfolgen. Mindestens aber hatten diese Versammlungen ihren Wert insofern, daß die anwesenden Mitglieder aufgemuntert, angefeuert, gefestigt wurden. Zwecklos war also ganz gewiß keine Versammlung. Trotz alledem muß festgehalten werden, daß scheinliche positive Erfolge nur dort zu verzeichnen waren, wo eine gut vorbereitete Haus- oder Werksattagiation eingeleitet und durchgeführt wurde. Das ist zweifellos die mühsamere, aber auch stets die erfolgreichere Agitationsmethode. Sie erfordert Fähigkeit und Ausdauer der Mitwirkenden und vor allem eine gute unermüdbliche Regie. Dafür ist aber auch unbezahlbar die Freude der Tätigen über das gelungene Werk, über den erzielten Erfolg. Mit berechtigtem Stolz erzählen die werdenden Kolleginnen und Kollegen immer wieder, wie sie gearbeitet, wie sie sich herumgeschlagen haben. Mit besonderer Freude erzählen sie die bei der Werbung sich abspielenden Dialoge, die tatsächlich den Beweis erbrachten, daß die anfänglich etwas zaghaft in die Agitation Gehenden mehr konnten, als sie sich selbst zugetraut hatten. Das erhebende Gefühl der Sicherheit, der Fähigkeit ist ihnen Ansporn zu neuer Arbeit. Damit ist der Wille zur Tat, zu neuen Taten gegeben, und die meisten Berichte aus verschiedenen Orten klingen ja auch immer dementsprechend aus.

Falsch wäre es jetzt, ein zahlenmäßiges, fertiges Resultat der Werbearbeit anzunehmen. Die Erfahrung lehrt, daß ein Teil der gewonnenen Mitglieder verlorengehen kann, wenn sie nicht im Auge behalten und zu Gewerkschaftern erzogen werden. Es steht aber auch fest, daß sich die Folgen der Werbearbeit nicht direkt, sondern erst in späterer Zeit zeigen, denn jede derartige Propaganda für eine Idee muß bei vielen erst geistig verarbeitet werden, bis der Entschluß reifen kann. In solchen Fällen ist eine Wiederholung der Agitation erforderlich.

Die Werbewoche hat wieder gezeigt, daß starkes Wollen vieles zu vollbringen vermag.

„Ich will!“ Das Wort ist mächtig, Sprich's einer ernst und still; Die Sterne reißt's vom Himmel, Das eine Wort: „Ich will!“

Von der zivilrechtlichen Haftung der Gewerkschaften.

Die Stellung der Gewerkschaften im heute geltenden bürgerlichen Recht ist eine ziemlich unklare. Das bürgerliche Recht ist in seinen Grundprinzipien auf dem römischen Recht aufgebaut. Das alt-römische Recht kannte nur die Sache und die Person. Einen Personenkreis, also eine Kollektivperson, wie es zum Beispiel unsere Gewerkschaften, aber auch Aktiengesellschaften und ähnliche Gebilde sind, kannte das römische Recht nicht. So kennt auch unser heutiges bürgerliches Recht die Kollektivperson nicht. Viele Vereine, dann auch die kollektiven Wirtschafts-Unternehmungen, haben sich dadurch in das herrschende bürgerliche Recht eingefügt, daß sie durch Eintragung ihres Personenkreises in das Vereins- oder Handelsregister die Rechte einer „juristischen Person“ erwarben. Dieser Weg steht natürlich auch den Gewerkschaften offen. Diese haben aber bisher davon keinen Gebrauch gemacht. Der Grund hierfür ist, daß die Gewerkschaften bzw. deren Zentralvorstände als „juristische Personen“ nach dem bürgerlichen Recht für unerlaubte Handlungen ihrer Organe — Beamten und Funktionäre — mit dem Gesamtermögen haften müßten. Es kämen für die Gewerkschaften haupt-

sächlich Schäden in Frage, die den Unternehmern durch Streiks, durch gewerkschaftliche Kampfhandlungen, entstanden wären. Daß bei der unklaren Rechtslage — wir wollen nicht, trotz der heutigen Mentalität weiter Richterkreise, von der Möglichkeit einer direkten arbeiterfeindlichen Rechtsprechung sprechen — ein einziger Streik ein Verbandsvermögen verschlingen kann, dürfte ohne weiteres klar sein.

Aber nichts ist flüssiger als die Rechtsprechung. Sie spricht nicht nur Recht, sondern bildet auch Recht. So ist in neuerer Zeit bei der Rechtsprechung die unverkennbare Tendenz zu bemerken, auch die Gewerkschaften als nicht eingetragene Vereine für Handlungen ihrer Organe voll nach dem bürgerlichen Rechte haften zu lassen. Diese Rechtsprechung stützt sich darauf, daß die Gewerkschaften heute vielfach öffentlich-rechtliche Funktionen ausüben. Also diese Rechtsprechung stützt sich, obgleich sie nicht im Interesse der Gewerkschaften liegt, auf die wirkliche Bedeutung der Gewerkschaften im gesamten sozialen Leben.

Einerseits die Wichtigkeit der Materie, andererseits die Unsicherheit der Rechtsprechung veranlaßte den kürzlich abgehaltenen Juristentag, sich mit diesem Gesamtfragenkomplex zu beschäftigen. Der Syndikus der sächsischen Metallindustriellen, Dr. Nikisch, der Korreferent der Tagung, ging von der Bedeutung der Gewerkschaften im heutigen Gesellschaftsleben aus. Dieser Bedeutung entspräche aber nicht, daß sie weiter nicht eingetragene Vereine bleiben wollten. Wenn die Gewerkschaften nicht freiwillig zur „juristischen Person“ würden, müsse ein indirekter Zwang auf sie ausgeübt werden, und regte weiter an, nur eingetragene Vereinen die Tariffähigkeit zuzusprechen. Der andere Referent zu der Frage, der um die Entwicklung des Arbeitsrechts so verdienstvolle Professor Einzelmer, sieht auch die Tendenzen der Rechtsprechung, auch die Gewerkschaften als nicht rechtsfähige Vereine zur Haftung heranzuziehen, und hält daher eine gesetzliche Neuregelung der ganzen Materie für unaufschiebbar. Die Haftung der Gewerkschaften müsse beschränkt, eine obere Haftungsgrenze festgesetzt werden, um zu verhindern, daß das rechtlich und sozial unbillbare Ereignis entstehe, daß unter Umständen das gesamte Gewerkschaftsvermögen für einen Gläubiger geopfert werden könne. Wo eine Rechtsordnung herrscht, müsse anerkannt werden, daß ein Versprechen verpflichtet und daß Macht verpflichtet. Aber andererseits sei die Macht, die sich in den Gewerkschaften repräsentiere, ihrem Wesen nach als Kollektivmacht, als Ausdruck einer zur Einheit zusammengeschlossenen Vielheit von Menschen zu bewerten. Es darf nicht diese kollektive Macht unterdrückt werden durch individuelle Gesichtspunkte zum Nutzen einiger Weniger.

Wie schwierig und unklar nach den geltenden Rechtsbegriffen die ganze Materie ist, zeigte auch der Juristentag. Für die Einzelmerische Auffassung war die Hälfte der Anwesenden, die andere Hälfte für die Auffassung von Nikisch, der im Interesse und Sinne der Unternehmerverbände referiert hatte. Die Probleme der Haftbarmachung der Gewerkschaften im Sinne des bürgerlichen Rechts werden weiter im Fluß bleiben. Die Gewerkschaften werden die weitere Entwicklung aufmerksam zu verfolgen haben, damit nicht derläßt die Erfolge gewerkschaftlicher Kämpfe und Opferwilligkeit durch juristische Raffie und weisfremde, verknöcherte richterliche Paragraphen-Weisheit wieder aufgehoben werden können.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Betriebsrätekonferenz der I. G.-Farbenindustrie A. G.
Am Sonntag, den 31. Oktober, hielt unser Verband in Frankfurt a. M. eine Konferenz der Betriebsräte der I. G.-Betriebe ab, um zu den Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Chemiekraft-Stellung zu nehmen. Der neu eingeführte Werksratsausschuß und den Jahresprämien im Chemiekraft wurde besonders Augenmerk zugewendet.

Bis auf zwei kleine Fabriken waren sämtliche Trübbetriebe durch Betriebsräte vertreten. 35 Delegierte sowie 10 Jahrestellenleiter, 7 Gauleiter und 6 Vertreter des Hauptvorstandes nahmen an der Konferenz teil.

Kollege Haupt beendete in seinem Vortrag die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und konnte nachweisen, daß der Chemiekraft in technischer und wirtschaftlicher Beziehung mit dem achtstündigen Arbeitstag auszukommen vermag, trotzdem in vielen Betrieben eine längere Arbeitszeit besteht und daß die Löhne zum Lebensunterhalt der Arbeiter nicht ausreichen, der Chemiekraft aber trotz glänzender Geschäftsergebnisse eine Lohnaufbesserung hartnäckig verweigert. Die üblichen sogenannten Leistungsprämien, Branchenzuschläge und Prämienvordienste haben die Tarifgrundlage verschoben. Es muß gefordert werden, daß die Organisation bei Festlegung dieser Entlohnungsmaßnahmen mitwirkt, damit die wirklichen Verdienste tariflich erzielt und im Sach zum Ausdruck kommen und eine Besorgung oder Festsetzung bestimmter Arbeiter ausgeschlossen wird. Die neu eingeführte Jahresprämie ist eine verfeinerte Lohnzahlung, von der viele Arbeiter ausgeschlossen sind und alle keinen rechtlichen Anspruch darauf haben. Die Prämien müssen also in den Tariflohn einberechnet und wöchentlich ausbezahlt werden.

Kollege Mer sprach über das Organisationsverhältnis im Chemiekraft, das in vielen Betrieben zu wünschen übrig läßt. Auch die Betriebsräte arbeiten nicht immer befriedigend. Es muß ein engeres Verhältnis zwischen den Betriebsräten und der Organisation angestrebt werden. Soweit irgend möglich, müssen die Stellensleiter zu den Sitzungen der Betriebsräte und zu den Betriebs-

Verhandlungen hinzugezogen werden. Die Jahreshellenleiter müssen sich demnach den Einladungen Folge zu leisten. Erhöht wird unsere Arbeit in einigen Großbetrieben dadurch, daß die Betriebsratsvorsitzenden nicht unserem Verbands, der die führende Organisation im Chemiestraße ist, angehören. Es ist Aufgabe unserer Kollegen, bei kommenden Betriebsratswahlen dahin zu wirken, daß die führende Organisation auch über die leitenden Stellen im Betriebsrat verfügt, damit reibungslos Zusammenarbeiten mit der Organisation gewährleistet wird.

Die Diskussion bewegte sich in diesem Sinne. Mehrere Betriebsräte betonten, daß sie gegen die Einführung der Sparrasse und der Jahresprämien, wovon sie erst kurz vor der Bekanntmachung unterrichtet wurden, Protest erhoben haben. In einigen Fällen haben auch Betriebsversammlungen sich mit der Frage beschäftigt und ablehnende Entschlüsse gefaßt. Folgende Entschlüsse, die einstimmig gefaßt wurde, ist als Resultat der Konferenz aufzuführen.

Entschlüsse

Die Konferenz der Betriebsräte der J. O. Betriebe, tagend am 31. Oktober 1924 in Frankfurt a. M., begrüßt es, daß der Vorstand des VOBV, einen Vorstoß gegen Überstunden und das bestehende Arbeitszeitgesetz unternommen hat.

Unterstützte Erwerbslose waren am 15. Oktober 1924 1339 194 vorhanden. Die Wintermonate werden diese Zahl nicht vermindern, sondern eher eine Zunahme der Erwerbslosen bringen. Neben der Zahl der Erwerbslosen steht die lange Dauer der Erwerbslosigkeit.

Wirtschaftskrise, Rationalisierung und ein unverantwortliches Überstundenwesen sind die Quellen, die den Strom der Erwerbslosen nicht vermindern lassen. Unterstützungen, so notwendig wie sie sind, führen nicht zur Heilung der wirtschaftlichen, familiären und moralischen Übel, die die Ausbeutung aus dem Erzeugungsprozess für die Arbeitermassen im Gefolge hat.

Die Konferenz fordert, daß das auf Anforderung des Bundesvorstandes der Gewerkschaften im Reichstag angenommene Arbeitsbeschaffungsprogramm unverzüglich und uneingeschränkt durchgeführt wird.

Die Konferenz fordert mit dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes und er übrigen gewerkschaftlichen Spitzenverbände, daß das im Jahre 1923 als Notgesetz erlassene, jetzt noch geltende Arbeitszeitgesetz aufgehoben und der Achtstundentag wieder eingeführt wird. Der Achtstundentag hat als Regel zu gelten. Er kann für gesundheitsgefährliche Betriebe vergrößert werden.

Die von der J. O. Farbenindustrie für Höchst unterm 2. Oktober 1924 erfolgte Bekanntmachung, betreffend Errichtung einer Werksparke, ist ohne Rücksicht auf die maßgebenden Organisation erfolgt. Eine Beratung mit der Betriebsvertretung ist nicht voranzugehen. Nach diesem Vorgang ist auch in anderen Werken vorzugehen.

Das Vorgehen der J. O. Farbenindustrie A. G. ist als ein unfreundlicher Akt gegen unsere Organisation als Träger anzusehen und stellt eine Verletzung der Rechte der Arbeitervertretung dar.

In dem angeführten Prämien-System erblickt die Konferenz das allerdings ungewollte Eingeständnis der J. O., daß die Löhne im Vergleich zu den Gewinnen der J. O. Farbenindustrie zu niedrig sind. Eine Erhöhung der Lohnsätze durch Prämien widerspricht den Grundgedanken des Tarifvertrages. Deshalb fordert die Konferenz die Umwandlung der Jahresprämie in tarifvertraglichen Lohn.

Die Konferenz bringt den Kollegen in Erinnerung, daß eine wirksame Interessensvertretung nur möglich ist durch eine starke Organisation und fordert sie auf, unermüdet für den Ausbau des Fabrikarbeiter-Verbandes tätig zu sein.

Konferenz im Gan I.

Eine Konferenz der in der chemischen, Gummi- und Seifenindustrie und in den Kalkfabriken beschäftigten Arbeiter fand am 17. Oktober 1924 im Volkshaus zu Hannover statt.

Über die wirtschaftliche Lage der genannten Industriezweige sprach der Kollege Haupt (Hannover). Redner führte a. a. aus:

Von einer Krise wie in den anderen Industriezweigen kann in der chemischen Industrie nicht die Rede sein. Selbst wenn in einzelnen Betrieben Entlassungen von Arbeitern vorgekommen sind, so ist das weniger auf die schlechte wirtschaftliche Lage der chemischen Industrie zurückzuführen, sondern in den meisten Fällen auf technische Umgestaltungen des Betriebes. Gemäßige Veränderungen sind im Laufe der letzten Jahre in der chemischen Industrie vorgekommen. Jamer mehr hat die chemische Industrie versucht, sich von ausländischen Rohstoffen freizumachen. In den meisten Fällen mit Erfolg. Viele Entwürfe sind noch nicht abgeschlossen.

Trotz nur auf dem Gebiete der Technik und der chemischen Wissenschaft will die Industrie führend sein, sondern auch auf wirtschaftlichem Boden lag. Zeugnis ab des Zustandekommens des Tarifvertrages. Der Farbenrat beschäftigt circa 80-90000 Arbeiter. Das ist ein Viertel aller in der chemischen Berufs-gemeinschaft Verarbeiteten. Vom Gan I gehört zu diesem Farbenrat nur die Fabrikarbeiter im Ammengebäude. Im Farbenrat werden nicht nur Farben, sondern auch viele andere chemische Erzeugnisse hergestellt.

Eine Anzahl von Werken dieses Riesunternehmens stellt auch künstliche Düngemittel her. Aus diesem Grunde wird seitens der Landwirtschaft der Verdacht mit der Kalkindustrie herzu-führen. Man kann schon heute davon überzeugt sein, daß das Gelingen nicht im Farbenrat will man nicht nur mit dem Ertrage der Farbenwerke die Betriebe ausstatten, sondern man verfaßt auch die Gelder der Arbeiter dazu in Anspruch zu nehmen, durch Ein-richtung sogenannter Werksparke. Nicht nur, daß das Groß-kapital eine Anzahl von wirtschaftlichen Unternehmen kontrolliert, es will die Kontrolle indirekt bis auf die Höhe der Stunden-erhöhen.

Schwer von der Arbeitslosigkeit ist die Gummiindustrie betroffen. Die Industrie beschäftigt heute fast 50 Prozent weniger Arbeiter als Anfang des Jahres 1923. Ähnliche Verhältnisse sind in dieser Industriezweige in weitgehendem Maße durchzuführen. Lange Zeit bedarf es, bis die Industrie wieder zu den Beschäftigten zurückgeführt wird wie zu Anfang des Jahres 1923.

Weg in der Kalkindustrie existieren Betriebsstilllegungen, davon gibt es Kalkwerke im Bereich des Ostpreußen. Die Kalkwerke, die zur Veranschaulichung in diesem Anlasse gelehrt haben, sind als Beispiel bekannt. Die Welt unter der Arbeiterklasse dieser Industriezone ist groß. Ganze Bezirke sind der Arbeitslosigkeit überlassen und werden wirtschaftlich vernichtet.

Die Konferenz beschloß sich dann mit der Lohn- und Tariffrage in der chemischen, Gummi-, Seifen- und Kalkindustrie sowie in den Kalkfabriken. In der chemischen Industrie erregte die letzte Lohnsteigerung im Oktober des vergangenen Jahres. Der letzte Lohnsteigerung kam zustande durch einen Sprung des Tarifvertrages, der im Jahre 1923 abgeschlossen wurde. Schon im vergangenen Jahre wurde der Lohn durch die Angelegenheit des Lohnes in einem Maße erhöht, daß die Angelegenheit der Betriebe befristete. Eine weitere Erhöhung der Löhne wurde durch die heranziehende Wirtschaftskrise unmöglich gemacht. Gingen bei früheren Lohnsteigerungen die Preise zurück, so dieses Mal nicht, vielmehr sind einzelne Unternehmen im Preise erheblich gestiegen. Die große Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Not der Arbeiter hat eine Reihe von Arbeitgebern bewogen, die tariflichen Bestimmungen wenig zu beachten. In der Zwischenzeit über diesen Punkt zu der Bewegung haben, daß die letzten Löhne in der chemischen Industrie im dem letzten Jahre in der Seifenindustrie keineswegs beträchtlich. Einige kommen, daß in einer Anzahl von Betrieben, wo in Zukunft gearbeitet wird, die Arbeiterklasse vielfach gefährdet ist. Durch die Anwesenheit von Arbeitern, die in einer Anzahl von Betrieben, auch Betriebsstilllegungen, täglich 9 und 10 Stunden gearbeitet. Es muß verhindert werden, in allen Betrieben die achtstündige Arbeitszeit durchzusetzen. Die Konferenz beschloß die Sachkommission um die Darstellung, die jetzt bestehenden Lohnverträge für die chemische, Seifen-

und Gummiindustrie zu gegebenen Zeit zu kündigen.

Des weiteren beschäftigte sich die Konferenz mit der Arbeitslosigkeit innerhalb unseres Landes. Früher als in anderen Wirtschaftsgebieten begann man mit den dauernden Betriebsstilllegungen. 42 Kalkbetriebe haben ihre Pforten endgültig geschlossen. Dazu kommt eine große Anzahl von Ziegeln. Dort, wo die achtstündige Arbeitszeit besteht, haben die Arbeitgeber vielfach die Betriebe stillgelegt und bei der Wiedereröffnung die 10- und 12stündige Arbeitszeit eingeführt. Zur Frage der Arbeitszeit wurde nachstehende Entschlüsse einstimmig angenommen:

Entschlüsse

Die am 17. Oktober in Hannover tagende Konferenz für die chemische, Gummi- und Seifen-Industrie sowie für die in den Kalkfabriken beschäftigten Arbeiter sieht in der anhaltenden großen Erwerbslosigkeit eine Folge der Rationalisierung. Die Einführung und technische Vervollkommnung arbeitsparender Maschinen, die intensivere Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft sind Faktoren, welche immer mehr Arbeiter entbehrlich machen. Die Arbeitslosigkeit wird demzufolge mit geringen Schwankungen stabil bleiben. Dieser Zustand ist für die Dauer unerträglich. Infolge Verschiebung der Erzeugung und Bedarfdeckung durch eine jährliche Blockade besteht wenig Aussicht, den Export in der Weise zu steigern, daß die zur Zeit beschäftigten Arbeiterkräfte durch vermehrte Arbeitsgelegenheiten aufgenommen werden können.

Die Gesellschaft hat die Pflicht, die Arbeitslosen und deren Familien ausreichend zu unterstützen. Wir fordern höhere Unterstützung, um die Arbeitslosen nicht nur lebens-, sondern auch arbeitsfähig zu erhalten. Die Unterstützungsummen müssen aus der Wirtschaft, also aus dem Ertrage der Arbeit, genommen werden. Eine Gegenleistung in Form werkschaftlicher Arbeit steht dieser Ausgabe nicht gegenüber.

Die in Arbeit stehenden Arbeiter und auch Arbeiterinnen arbeiten zum Teil 9 und 10 Stunden pro Tag und noch darüber. Es ist wirtschaftlich unsinnig, auf der einen Seite Millionen Menschen zum Nichtstun zu zwingen und dafür täglich Millionen Mark auszugeben und auf der anderen Seite die Arbeitenden bei so anger Arbeitszeit zu beschäftigen, daß Gesundheit und Lebensfreude untergraben werden. Wir fordern von der Regierung und der Gesetzgebung die baldige Verabschiedung eines Arbeiterschutzgesetzes, welches die achtstündige Maximalarbeitszeit festlegt und nur in dringenden Notfällen eine Überschreitung zuläßt.

Der Vorstandsvorsitzende wird beauftragt, alle gangbaren Wege zur Erreichung dieses Zieles zu beschreiten.

Damit hatte die Konferenz ihre Arbeiten erledigt.

Das Danaergeschenk der J. O. Farben-Industrie.

Stimmen aus der Wüste.

Ja, wir Chemiearbeiter leben in einer Wüste aus Gartenstaub und Süßgasen. Unsere Fleischtöpfe stehen mitten in dieser Wüste. Schon Jahr und Tag erhalten sie aber nichts als kärgliches Brot und harte, schwere, mit Staub und Süßgasen gemischte Arbeit.

Schwere Arbeit und hartes Brot bedeuten Gold für unsere Herren. Über 168 Millionen Goldmark hat sich im letzten Geschäftsjahre der Reichstag der Güstigkeit vermehrt. Auf Grund dieser Tatsache hat sich nur die J. O. Farbenindustrie mit einer großen Geste nach außen entfesselt, dem karglichen Lohp Ihrer Chemiedanaiiden durch ein Geschenk einen besseren Inhalt zu geben. Wie bereits mitgeteilt, soll das Geschenk bestehen in Prämien und einer nach dem Dienstalter bemessenen Leistungszulage. Gleichzeitig werden in den einzelnen Werken Sparkassen errichtet. Um den Verkaufsbekunden Gelegenheit zu geben, ihre Spargroschen zu erhöhen sollen Anlagen zu können. Wir Arbeiter in den Betrieben sollten übertrakt werden. Und wir waren auch übertrakt über-trakt 1. deshalb, weil man uns von den zum größten Teil erarbeiteten Millionen einige Brocken gütigst als Geschenk überläßt, und 2. weil durch die Errichtung einer Sparrasse vor der Öffentlichkeit dokumentiert werden soll, daß die Arbeiterklasse der J. O. Betriebe so gut entlohnt wird, daß sie sich wieder Spargroschen anlegen kann. Oder wollte man uns, wie ein Kollege sagte, die Prämien geben, um sie gleich wieder zu behalten? Die Herren von der J. O. werden sich überzeugen müssen, daß es nichts mit dem Sparen wird. Wie man als Betriebsarbeiter mit wöchentlich kaum 30 Mk. eine Familie ernähren und dabei noch sparen soll, das ist eines der sieben Welträtsel. Ein großer Teil der Kollegen ist überdies noch bei den einzelnen Werken bis über die Ohren verschuldet. Nicht selten kommt es vor, daß Kollegen nach Lösung für Kohle, Mehl, Gemüse, etc. nur noch 10, 15 oder 20 Mk. von ihrem Wochenlohn ausgehakt erhalten. Also mit dem Sparen wird es Eßig. Die einzelnen Werke möchten sich doch überlegen, ob sie nicht die Quoten der alten Friedensparkassen und die jetzt verdienstlichen Raubaus-gelder ihrer Vorarbeiter und Angestellten nach Tien und Duanen auswerten wollen.

Auch die große Geste verfängt bei uns Chemiearbeitern nicht mehr. Just ein Jahr ist es her, seit wir den großen Streik führen mußten. Fünf lange Wochen haben wir uns der Brot und Kartoffeln beraubt, bis man uns durch Schwedenspruch ganze zwei Pfennige pro Stunde gewährte. Der großen Geste entspricht auch nicht der rigorose Abbau der Arbeiter und Angestellten bei gleichzeitiger Inflation einer Anzahl neuer Direktorenstellen mit geradezu jählichen Gehältern. Oder glauben die Herren der J. O. ihre Arbeiter wüsten nicht, wie gut man sich in den leitenden Stellen bezahlen läßt? Da fehlt es nicht an Geld. Nur wenn die Arbeiter einmal berechtigter Wünsche wären, ist man zugewandt. So wurde z. B. in einem Werk der J. O. der Antrag einer Arbeitergruppe betreffs Leistungszulage aus prinzipiellen Gründen abgelehnt. Im Hinblick auf das gänzliche finanzielle Scheitern des Jahresabschlusses und jener im Hinblick auf die neue Wirtschaftskrise kann es mit dem "nächsten nicht weit her sein. Trotzdem wir im Laufe dieses Jahres nicht einen Pfennig Lohnnachzahlung erhalten, wurden die Preissteigerungen für Werkstoffe um über die Hälfte erhöht. Von den angeführten, manchmal geradezu kleinsten Gehältern, denen wir Arbeiter in den Betrieben ausgesetzt sind, wollen wir lieber gar nicht reden. Nachdem wir morgens das Fabrikator-paßwort haben, sind wir rechtlich nicht mehr Mensch, sondern Arbeiter, Maschinen, die man beschuldigen, wenn allen Eifer entgegen werden. Wenn die J. O. glaubt, sich mit diesen Prämien vor der Öffentlichkeit einen guten Namen zu erwerben, dann ist sie schlecht beraten. Unsere Freunde am Werke und die Verbundenheit mit demselben wird dadurch nicht berührt. Wir betrachten sie als einen Bruchteil dessen, was wir im Laufe des Geschäftsjahres mit unserer geistigen und körperlichen Arbeitskraft geschaffen haben, und nehmen sie als notwendige Arbeitslohn entgegen. Wir werden dem Werke so lange fremd und ohne inneres Interesse gegenüberstehen, solange man uns als Fremde mit der den meisten Arbeitgebern anhaltenden Interesslosigkeit für das Seelen- und Familienleben der Arbeiter behandelt. Müßig weil wir das so wollen, sondern weil solche Werksprämien durch jahrelanges Ferarhalten und Abschieben von Betrieben in uns gestiftet wurde. Der Kampf um die Arbeiterklasse wird nicht durch Prämien entschieden. Auch die Fremde am Werke und das Gefühl der Verantwortung wird erst dann geboren, wenn die Werke oder vielmehr die Leiter der Werke sich der Verantwortung ihren Arbeitern und deren Familien gegenüber bewußt werden. Das kann nur geschehen durch ausreichende Löhne, menschenwürdige Behandlung und eine den gesunden menschlichen Verhältnissen entsprechende Arbeitsweise und Arbeitszeit. Wir wollen Menschen sein und auch als Mensch gewertet werden. Daß die J. O. Farbenindustrie ihre Arbeiter und ihre psychologische Art nicht kennt, hat sie durch ihr Prämienwesen bewiesen.

Wir Arbeiter oder haben durch das Verhalten der Arbeitgeber der chemischen Industrie im Laufe der letzten Jahre am eigenen Leibe erfahren, daß wir uns das Recht zum Menschsein, den Rechtsanspruch auf die Werte, die wir wirtschaftlich helfen, nur erkämpfen können im Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands. So drücken wir ernen Arbeiter der reichen chemischen Großindustrie.

Neue Anwendungsöglichkeiten für Thernit.

Thernit ist ein Metallpulvergemisch, das in Brand gesetzt, hohe Wärmegrade entwickelt. Aus diesem Grunde wird es für Metall-schweißungen benutzt. Es ist feinerzert von Gießschmelze in Offen- und wird für Deutschland fast ausschließlich in dieser Fabrik hergestellt. Das Verfahren der Schweißschweißung für elektrische Straßenbahnen ist den meisten Lesern aus eigener Anschauung bekannt geworden. Die Anwendungsmöglichkeit ist aber beschränkt, und die Thernitherstellung selbst unter Konjunkturschwankungen, denn die Schweißschweißung findet im allgemeinen im Winter nicht statt, weil Gleitschlagen für die Straßenbahnen im Winter nicht gebaut werden.

In "Der Chemischen Industrie", der wirtschaftlichen Zeitschrift des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, finden wir eine Mitteilung, wonach erfolgreiche Versuche mit Thernit angestellt sind, Eisberge zu zertrüben. Die Eis-berge auf offener See bedingen bekanntlich eine ungeheure Gefahr für die gesamte Schifffahrt. Im Auftrage der kanadischen Regierung hat Professor Barles von der Universität Montreal Eisberge 2 bis 4 Fuß tief angebohrt und die Boelcher mit 60 bis 500 englische Pfund Thernit geladen. Bei Entzündung wirkt Thernit weniger explosiv, als vielmehr durch plötzliche gewaltige Wärmeentwicklung, wodurch das Eis geschmolzen und verdunstet wird. Bei den Versuchen zerfielen die Eisberge ganz in Stücke. Es ist zu erwarten, daß bei tieferer Einbohrung des Thernits noch größere Effekte erzielt werden können.

Da die Beschäftigung schwimmender Eisberge im Interesse aller Staaten liegt und die zur Vernichtung benötigten Mengen Thernit verhältnismäßig groß sind, kann damit gerechnet werden, daß die Thernitproduktion einen Aufschwung erlebt.

Papier-Industrie

Die österreichische Papier-Industrie im Jahre 1925.

Nach den Ermittlungen der Arbeiterkammer mit Hilfe der Unfallversicherungsanstalten waren in der papiererzeugenden und papierverarbeitenden Industrie Österreichs im Jahre 1925 1063 Betriebe vorhanden, in denen 41 719 Personen in der Industrie beschäftigt wurden. Davon waren 28 887 oder 69 Prozent Arbeiter und 12 832 oder 31 Prozent Arbeiterinnen. Auf die einzelnen Industriezweige verteilete sich die Zahl der Betriebe und der Arbeitnehmer folgendermaßen:

Industriezweig	Betriebe	Arbeiter	Arbeiterinnen	Arbeitnehmer insgesamt
Zellstoff	145	7 025	1 267	8 290
Papierherstellung	77	7 590	2 519	10 115
Zigarettenpapierherstellung	14	259	885	1 082
Graphisches Gewerbe	549	11 911	4 868	16 789
Papierverarbeitung	278	2 098	3 355	5 453
Insgesamt	1063	28 887	12 832	41 719

Trotz strengster Einhaltung des Achtstundentages war es der österreichischen Papiererzeugungs-Industrie möglich, ihre Produktion gegenüber der Friedenszeit zu steigern. Nach dem österreichischen Volkswirtschaftsminister gestalteten sich die Produktionszahlen folgendermaßen:

Erzeugnis	Jahr 1913	Jahr 1925	Halbjahr 1926 (Wegenausgaben)
Papier	18 480	19 104	9 965
Pappe	7 000	4 964	2 713
Zellstoff	12 132	17 568	9 029
Holzstoff	1 252	8 809	5 000
Insgesamt	38 864	50 445	26 707

Die Produktionssteigerung wird auf durchgeführte technische Verbesserungen und beim Holzstoff auf den günstigen Wasserstand zurückgeführt. Auf jeden Fall liefern die Produktionszahlen der österreichischen Papier-Industrie den trefflicheren Beweis dafür, daß trotz achtstündiger Arbeitszeit die Produktion gesteigert werden kann. Sie widerlegen damit die Behauptung der deutschen Unternehmer, nach deren Auffassung eine Aufrechterhaltung der Betriebe und deren Rentabilität angeblich nur bei täglich zwölfstündiger Arbeitszeit sichergestellt ist.

Bemerkenswert ist auch die Klage der österreichischen Papier-Industrie, daß trotz gesteigerter Produktion die Abgabeverhältnisse und besonders die Ausfuhrmöglichkeiten sich verschlechtert haben.

G. Stähler.

Die Papiererzeugungs-Industrie in Lettland im Jahre 1925.

Der Weltkrieg hatte auch die Papiererzeugungsindustrie der ehemals russischen Provinz Lettland vollkommen vernichtet. Mit Hilfe von ausländischem, besonders amerikanischem Kapital, zum Teil auch durch russisches Fluchtkapital ist es der lettischen Republik recht schnell gelungen, ihre Papiererzeugungsindustrie wieder auszubauen.

Die Erzeugung im Jahre 1925 gestaltete sich folgendermaßen:

Firma	Arbeiterzahl	Papierproduktion in Tonnen	andere Zellstoffproduktion in Tonnen	Pappeproduktion in Tonnen	andere Produktion in Tonnen	Gesamt
Zellulosefabrik Schlot bei Riga	676	7 427	1 514	159	1297	8791
Papierfabrik Agat bei Riga	459	4 306	—	—	1071	—
J. Müllmann, Radau	196	946	517	704	—	—
Papier- und Pappfabrik Stajel	269	4 172	508	—	—	—
Papierfabrik Lettland	133	934	536	—	740	—
Jr. Sonner, Oger bei Riga	12	—	—	91	197	—
Lettsche Papierfabrik Kantau	19	—	—	25	555	—
J. Müllmann, Srop nes	66	—	—	821	—	—
J. Müllmann, Neu-Lettland	56	—	—	567	—	—
Insgesamt	1 875	17 835	3 075	2 667	3840	6791

Die lettische Ausfuhr an Papierholz und Papier gestaltete sich 1925 folgendermaßen:

Ausfuhrland	Einschlag-Papier Ausfuhr in Tonnen	Zigaretten-Papier Ausfuhr in Tonnen	Zellstoff	Papierholz
Estland	3 026	—	—	8 000
Deutschland	1 833	—	—	35 000
Rußland	51	948	—	—
Litauen	176	18	—	6 000
Letten	542	—	—	—
Polen	—	—	—	13 000
Sonstige Staaten	408	5	31	—
Insgesamt	6 033	971	31	57 000

Dieser Ausfuhr stand eine Einfuhr von 2885 Tonnen Zellstoff, 618 Tonnen Papier und 234 Tonnen Pappe gegenüber. In der Zellstoffeinfuhr waren beteiligt: Deutschland mit 1302, Finnland mit 1252 und Schweden mit 241 Tonnen. Die Einfuhr von Papier erfolgte mit 544 Tonnen in erster Linie aus Deutschland. Ebenso stand die Pappeneinfuhr aus Deutschland mit 176 Tonnen an erster Stelle.

Die lettische Papiererzeugungsindustrie beschäftigt weiterhin, sich nicht nur vom Auslandsmarkt völlig unabhängig zu machen, sondern selbst als Konkurrent am Weltmarkt anzukommen. Zu diesem Zwecke hat die Zellulosefabrik Schlot 400 000 Dollar amerik-

hanisches Kapital neu ausgenommen, um die Stoffproduktion für 1928 zunächst einmal auf mindestens 10 000 und für 1927 auf möglichst 25 000 Tonnen zu erhöhen. Die reichen Holzstämmen Lettlands sind dieser Entwicklung sehr günstig. Wenn auch die Konkurrenz Lettlands — infolge des geringen Umfangs der Republik — auf dem Weltmarkt nicht ausschlaggebend sein wird, so wird auf der anderen Seite doch im Laufe der nächsten Jahre die deutsche Papiererzeugungsindustrie Lettland als Verfall auf seiner Ausfuhrliste zu verzeichnen haben.

Die Internationale der Papierfabrikanten.

Nach Mitteilungen des Zentralblattes für die österreichische Papierindustrie waren in der Zeit vom 21. bis 23. September d. J. die Fabrikanten holzfreier Schreib- und Druckpapiere in Wien zur Dritten Internationalen Papierfabrikantenkonferenz versammelt. Vertreten waren Fabrikanten aus: Belgien, Deutschland, Finnland, Holland, Norwegen, Österreich, Schweden und der Tschechoslowakei. Neben der Besprechung wichtiger Fachfragen hielt gleichzeitig auch der Vertrauensmann des Vereins deutscher Papierfabrikanten, der Zentralratsabgeordnete des Reichstags, Herr Rechtsanwalt Kammerer, einen Vortrag über die Europäische Wirtschaftslage.

Die nächste internationale Zusammenkunft soll in Stockholm stattfinden.

Die russischen Maschinen- und Papierbestellungen.

Herr J. B. Schuman, Mitglied des Zentralrats, hat bei seiner Heimkehr von der Reise, die er mit anderen Mitgliedern des Rats zu Zwecken der Unterbringung von Aufträgen unternommen hat, dem Ausschuss einer Moskauer Zeitung folgendes mitgeteilt: Die Abordnung wollte zunächst einen Auftrag auf eine 6 m breite Papiermaschine mit einer Erzeugungsfähigkeit von täglich 70 bis 75 t für die Fabrik Balachan unterbringen. Solche Maschinen gibt es zur Zeit in England, ferner je eine in Deutschland und Finnland. Die Beschaffung der 6 m breiten Maschine in der Fabrik der Feinmühle hatte zur Folge, daß der Auftrag an die Firma Bosh vergeben wurde. Aufträge für die Lieferung zweier Maschinen für die Fabrik Sokol, 3,2 bis 3,6 m breit, wurden dem Fallner-Werk erteilt. Die Erzeugungsfähigkeit dieser drei Maschinen zusammen beträgt 125 bis 130 t im Tag, das ist um die Hälfte mehr als die bisherige Erzeugungsfähigkeit aller Papiermaschinen des Zentralrats. Zur ununterbrochenen Speisung dieser Maschinen werden in Deutschland Holzschleifer für die Fabriken Balachan, Sokol und Okulowa bestellt. Der Gesamtwert dieser den deutschen Fabriken erteilten Bestellungen beträgt rund 2 Millionen Rubel; die Firmen haben vierjährigen Kredit eingeräumt. Dem Verband Deutscher Druckpapierfabriken hat die Abordnung große Aufträge zur Lieferung von Zeitungspapier in Rollen zu Preis erteilt, wie sie der Zentralrat für deutsches Papier in Finnland und Estland bezahlt. Dann wird sechsmonatiger Kredit gegeben. („Paper Maker.“)

Harrison-Papierwerk.

Die G.-V. der Harrison Inveresk Paper Co. stimmte der bekannten Kapitalerhöhung und umfangreichen Reinvestitionen zu. Die G.-V. bewilligte die Kapitalerhöhung um 650 000 auf 1 1/2 Millionen Pfund Sterling. Vorzugsaktien werden den alten Besitzern zu 2/3 angeboten, während 500 000 Stammaktien mit einem Agio von 25 Schilling pro Pfundaktie den alten Aktionären angeboten werden. Von den restlichen geht die Hälfte an die Graphic and Publisher Limited, die andere Hälfte an Harrison persönlich mit dem gleichen Agio. Harrison kündigte an, daß für das laufende Jahr 25 Prozent Dividende zu erwarten seien, wobei Harrison eine Bruttoeinnahme von 1 Million Pfund Sterling als normalen Gewinn voraussetzt. Zu den neuen Holdings der Inveresk werden 1,1 Millionen Stammaktien der Illustrated News Paper Limited gehören, die einen großen Gewinn erwarten und mit 1,8 Millionen Preference und 1,4 Millionen Ordinary Shares ausgestattet sind. Erklärungen werden zur künftigen Zeichnung angelegt. Der Vorsitzende Harrison erklärte weiter den Erwerb der deutschen Koholgesellschaft als den wertvollsten Erwerb seines Konzerns und schätzte den Nettoverdienst aus Kohol auf 3 Millionen Pfund Sterling. Harrison glaubt, daß durch Verbesserung der Verwaltung der Kohol ein bedeutender Nutzen erzielt werden kann, und berichtet, daß es gelungen sei, die exorbitanten Zinssätze der Kredite der Kohol auf eine 6 Prozent Basis herabzusetzen und die Kredite bei zwei Geldgebern zu konzentrieren. („Frankf. Zeitung.“)

Nahrungsmittel-Industrie

Voraussetzliche Zuckererzeugung in der Kampagne 1926/27.

Aber die voraussetzliche Zuckererzeugung in der laufenden Kampagne lassen sich gewisse Schlüsse schon jetzt ziehen. Der Verein der Deutschen Zucker-Industrie, Abt. Rohzuckerfabriken, nimmt in jedem Jahre bei den Fabriken eine Umfrage vor, wodurch bisher immer ziemlich genau das zu erwartende Produktionsergebnis der beginnenden Kampagne wiedergegeben wurde. Das Umfrageergebnis für die Kampagne 1926/27 liegt jetzt vor, wir lassen es nachstehend nach Bezirken folgen:

Ergebnis der Oktoberumfrage nach Landestellen für 1926.

Landestell	Arbeitsfabriken		Rohzuckererzeugung in Doppelzentner		Zu- u. Abnahme in Proz.
	1926/27	1925/26	1926/27 vorausgesetzt	1925/26	
Ostpreußen . . .	4	4	1 200 000	1 332 458	- 9,9
Brandenburg . . .	8	8	6 060 000	6 226 620	- 2,7
Pommern . . .	9	9	6 750 000	6 318 970	+ 7,4
Schlesien . . .	43	43	18 884 500	22 872 459	- 17,4
Prov. Sachsen . . .	78	75	31 510 000	26 602 875	+ 18,4
Hannover und Holstein	86	87	9 935 500	11 196 595	- 11,3
Westfalen und Hessen-Nassau	5	6	1 212 600	1 322 950	- 8,3
Rheinland . . .	10	10	5 060 000	5 433 698	- 7,2
Südwestfalen . . .	12	12	6 497 500	4 242 765	+ 29,6
Freistaat Sachsen	4	4	1 145 000	1 316 317	- 13,0
Mecklenburg . . .	3	4	4 495 000	4 179 821	+ 7,5
Thüringen . . .	3	5	833 000	1 181 190	- 29,5
Braunschweig . . .	24	25	5 432 000	5 635 630	- 3,6
Sachsen	14	15	4 944 000	4 124 379	+ 19,9

Landestell	Zuckererzeugung aller Fabriken in Doppelzentner		Zu- u. Abnahme in Proz.
	1926/27 vorausgesetzt	1925/26	
Ostpreußen . . .	189 090	212 635	- 11,1
Brandenburg . . .	916 500	940 810	- 2,8
Pommern . . .	1 060 000	980 650	+ 8,1
Schlesien . . .	2 901 520	3 737 468	- 22,4
Provinz Sachsen . . .	4 800 500	4 201 205	+ 14,3
Hannover und Holstein . . .	1 478 000	1 735 770	- 14,9
Westfalen und Hessen-Nassau . . .	178 000	207 700	- 14,3
Rheinland . . .	694 240	723 650	- 4,1
Südwestfalen . . .	352 000	645 410	+ 32,0
Freistaat Sachsen . . .	161 500	189 030	- 14,6
Mecklenburg . . .	684 500	631 955	+ 5,5
Thüringen . . .	150 500	188 230	- 30,7
Braunschweig . . .	810 000	875 410	- 7,5
Sachsen . . .	747 400	616 840	+ 21,2

Die Zahlen verstehen sich in Rohzuckerwert. Aus der Aufstellung ergibt sich, daß in der laufenden Kampagne acht Betriebe weniger arbeiten als im Vorjahre. Die Betriebe Drakel und Nordstemmen sollen indes nur vorübergehend stillgelegt sein. Die Betriebe Brehma, Egleben, Hohenexleben, Gr.-Rudelsdorf, Köhlsdorf und Trendelbusch sind für dauernd stillgelegt. Bei den meisten Betrieben handelt es sich um Fabriken mit einer geringen Rübenverarbeitungsmenge. So hat z. B. Gr.-Rudelsdorf im letzten Jahre nur Sirup hergestellt. Trendelbusch verarbeitete im Vorjahre 338 500 Zentner, Hohenexleben nur 285 250 Zentner, Drakel nur 326 420 Zentner (bei Brehma war die Zahl nicht zu ermitteln), und Egleben verarbeitete im Vorjahre 450 000 Zentner Rüben. Es handelt sich also zum größten Teile um kleine Betriebe. Ihre Rüben werden von anderen Betrieben mit verarbeitet, damit letztere voll ausgenutzt werden.

Andererseits sind aber auch Betriebe mit über eine halbe Million Zentner Rübenverarbeitung dabei. So verarbeitete Köhlsdorf voriges Jahr 616 650 Zentner Rüben und Nordstemmen 826 210 Zentner. Diese Stilllegungen werden nun von den Fabrikanten erneut als Beispiel für die Unrentabilität der Zucker-Industrie angeführt werden. Die Stilllegungen dürften aber vorwiegend aus organisatorischen Gründen durchgeführt sein, um den wirtschaftlichen Umbau zu vollziehen.

Auch die Zucker-Industrie wird jetzt von einigen großen Konzernen beherrscht. Das Ziel dieser Konzerne ist, in möglichst wenigen Betrieben möglichst viel zu erzeugen, weil so die Betriebe und die technischen Anlagen am besten ausgenutzt werden. Dieser Gedanke dürfte bei der Stilllegung für einen Teil der Betriebe zum wesentlichen ausschlaggebend gewesen sein. So liegen z. B. die beiden Zuckerfabriken Nordstemmen und Sarstedt nur zwei kurze Bahnstationen auseinander. Ihre Rübengebiete greifen ineinander.

Nun soll Sarstedt die Rüben von Nordstemmen mit verarbeiten. Für dieses Jahr handelt es sich um einen Versuch, gelingt er, dann wird Nordstemmen vielleicht dauernd stillgelegt. Die Rübenverarbeitung in Sarstedt und Nordstemmen war in den letzten Jahren ungefähr gleich. Sarstedt dürfte aber technisch besser auf der Höhe sein als Nordstemmen. Mit derartigen Umstellungen haben wir in der Zucker-Industrie in den nächsten Jahren noch mehr zu rechnen.

Summieren wir die oben wiedergegebenen Aufstellungen, so ist der Rübenbau nach der Umfrage im gesamten Reichsgebiet in diesem Jahre etwas höher als im Vorjahre. Er betrug im Vorjahre rund 102 1/2 Millionen Doppelzentner und soll in diesem Jahre rund 103 Millionen Doppelzentner betragen. Die Zuckererzeugung betrug im letzten Jahre im Verbrauchszucker 14 453 640 Doppelzentner und soll in diesem Jahre 14 207 265 Doppelzentner betragen. Der Rübenanbau hat um 0,50 Prozent gegenüber dem Vorjahre im Reichsdurchschnitt zugenommen, dagegen soll die Zuckererzeugung um 1,70 Prozent zurückgegangen sein.

Der Rückgang bei der Zuckererzeugung trotz der kleinen Steigerung beim Rübenanbau wird darauf zurückgeführt, daß in diesem Jahre eine geringere Ausbeute erwartet wird als im Vorjahre. Die Ausbeute betrug im Vorjahre 15,48 Prozent und soll in diesem Jahre nur 15,13 Prozent betragen. Sie bliebe damit hinter dem Durchschnitt der letzten Jahre zurück. Dieser Minderertrag wird dem kühleren Wetter und den vielen Regenfällen in dem letzten Sommer zugeschrieben.

Rübenanbau und Zuckererzeugung weichen in den einzelnen Bezirken zum Teil erheblich von dem Ergebnis des Vorjahres ab. So haben die Provinz Sachsen und der Freistaat Anhalt eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen, während die Provinzen Hannover und Holstein erheblich zurückgegangen sind. Beide Gebiete sind aber für die Zucker-Industrie von ausschlaggebender Bedeutung mit. Eine gute Zunahme weist der süddeutsche Bezirk auf, die allerdings beim Reichsdurchschnitt nicht stark ins Gewicht fällt, weil der Anbau hier sowieso nicht in erheblichem Umfang betrieben wird.

Es kann also gesagt werden, daß wir in diesem Jahre ungefähr mit der gleichen Zuckererzeugung rechnen können wie im Vorjahre. Es ist auch möglich, daß die Ausbeute noch etwas besser ausfällt, als sie geschätzt wird. Der so sehr gefürchtete Rückgang beim Rübenanbau ist also nicht eingetreten. Im Interesse der Industrie und im Interesse der in ihr beschäftigten Arbeiterschaft wäre zu wünschen, daß im nächsten Jahre beim Rübenanbau wieder ein Fortschritt zu verzeichnen wäre.

Die Überproduktion an Zucker.

In welchem Ausmaß die Weltproduktion an Zucker gestiegen ist, dafür zeugen die folgenden Ziffern: Die Weltproduktion betrug 1919/20 15 495 000 Tonnen, 1925/26 dagegen 24 300 000 Tonnen, eine Steigerung von 9 Millionen Tonnen. Sie ist heute um zwei Fünftel größer als 1920/21. Bekanntlich hat die Rohzuckererzeugung während des Krieges und seitdem die Erzeugung von Rübenzucker stark überflüssig. In den Kriegsjahren wurden riesige Raffinerieanlagen für Rohzucker in den Vereinigten Staaten und in Mittel- und Südamerika errichtet; für diese Anlagen wurden aus den Vereinigten Staaten, England, Holland, Frankreich im Jahre 1921 Maschinen im Werte von mehr als 33 Millionen Dollar ausgeführt. Die Rohzuckerproduktion Kubas erhöhte sich von 3 730 000 Tonnen 1919/20 auf 4 109 000 1925/26. Während so die Rohzuckerproduktion immer noch zunimmt, zeigt die Rübenzuckerproduktion Europas ebenfalls die Tendenz der dauernden Steigerung. Heute bereits hat die europäische Rübenzuckerproduktion den Vorkriegsstand erreicht. Es ist aber mit der weiteren Erhöhung der Rübenzuckerproduktion zu rechnen, in um so größerem Umfang, je mehr der Kleinbesitz an die Stelle des Großgrundbesitzes treten wird. Diese Produktion erfordert nämlich intensive menschliche Arbeitskraft, die im Kleinbesitz eher vorhanden ist als beim Großgrundbesitz. Professor Nebeoe hat sich kürzlich dahin geäußert, daß bei wachsender Bedeutung des Kleinbesitzes und bei steigender Bevölkerung in Europa der europäische Rübenzucker den überseeischen Rohzucker wieder einzuholen, ja zu übertreffen vermöchte. Der Verbrauch war bisher imstande, die gesteigerten Mengen an Roh- und Rübenzucker aufzunehmen, allerdings nur zu herabgesetzten

Preisen. Um eine Preissteigerung herbeizuführen, wurden in Cuba gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung der Produktion getroffen. Die Zuckererzeugung wird aber in einer Anzahl von Ländern mit staatlichen Mitteln, hohem Zollschutz, Subventionen usw. gefördert, so in den Vereinigten Staaten, in England, das im übrigen den britischen Dominions und Kolonien Vorzugszölle auf Zucker gewährt hat. Das internationale Kapital sucht in der Zuckererzeugung immer noch mit Vorliebe Verwendung, besonders in Mittel- und Südamerika, und in Afrika wurde in jüngster Zeit viel Kapital in der Zuckerproduktion angelegt.

Verschiedene Industrien

Aus der Heimindustrie.

Gewerbekammer und Hausarbeiter.

Der V. Steuerberufungsausschuß in Meiningen hat bei seiner 2. Entscheidung abermals die wirtschaftliche Selbstständigkeit des Drückers als gegeben angesehen, trotzdem ihm bewiesen wurde, daß der Drucker durch Annahme der Formen und des Auftrages in ein wirtschaftlich abhängiges Verhältnis zum Arbeitgeber getreten ist. Führt der Drucker das ihm vom Arbeitgeber zugewiesene Arbeitspensum nicht aus, wird ihm sein Handwerkzeug (Druckerformen) weggenommen. Damit ist das Arbeitsverhältnis genau so gelöst, als wenn bei Fabrikarbeit im Betriebe wegen ungenügender Leistung entlassen wird. Mit Recht wurde deshalb von den Vertretern der Drucker, dem Geschäftsführer unserer Jahressliste in Sonneberg, erneut Rechtsbeschwerde bei der Oberverwaltungsgericht in Jena erhoben. Dieses sollte am 7. Juli 1926 ein endgültiges Urteil, durch welches die Entscheidung des V. Steuerberufungsausschusses zum zweiten Male aufgehoben und der Beschwerdeführer von der Gewerbekammer freigestellt wurde.

Hier der Wortlaut:
Im Namen des Landes Thüringen
Urteil

des Thüring. Oberverwaltungsgerichts in Jena vom 7. 7. 26.
Auf die Rechtsbeschwerde des Druckers Georg Gustav Rebban in Helmersdorf, Kr. Sonneberg, vertreten durch den Verbandsleiter G. Brandel in Sonneberg, gegen die Entscheidung des V. Steuerberufungsausschusses in Meiningen vom 18. Dezember 1925 über die Herausziehung des Beschwerdeführers zur Gewerbekammer hat das Thüring. Oberverwaltungsgericht in Jena auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 7. Juli 1926, an der teilgenommen haben: der Oberverwaltungsgerichtspräsident Dr. jur., rer. phil. h. c. Olsen und die Oberverwaltungsgerichtsfriede Dr. Knauth, Prof. Dr. Koeffler, Prof. Dr. Regierungsrat Öhring und Kappel, für Recht erkannt:

Die Entscheidung des Berufungsausschusses wird aufgehoben. Der Beschwerdeführer wird von der geforderten Steuer freigestellt. Die Kosten trägt das Land Thüringen.

Entscheidungsgründe:

Der Beschwerdeführer wehrt sich gegen die Herausziehung zur Gewerbekammer, weil nach seiner Ansicht seine Beschäftigung, die Herstellung roher Spielwarenteile aus Papiermasse unter Verwendung von Druck-Pressformen, keine selbständige gewerbliche Tätigkeit darstellt, sondern die Tätigkeit eines selbstständigen Hausarbeiters ist. Durch die angefochtene Entscheidung ist sein Einspruch gegen die Veranlagung wiederum zurückgewiesen worden, nachdem eine frühere Entscheidung des Berufungsausschusses gleichen Inhalts auf die Rechtsbeschwerde des Herausgezogenen aufgehoben und die Sache zur Vornahme weiterer Ermittlungen und zu neuer Entscheidung an den Berufungsausschuß zurückgewiesen worden war. Mit der Rechtsbeschwerde wird gerügt, daß sie auf Verfahrensmängeln beruhe und wiederum geltend gemacht, daß die ermittelten Tatsachen die Entscheidung, daß die Drucker im allgemeinen oder der Beschwerdeführer insbesondere selbstständige Gewerbetreibende seien, nicht rechtfertigen usw., die maßgebenden Verhältnisse ungenügend aufgeklärt worden seien.

Die Rüge, daß die Entscheidung des Berufungsausschusses auf Verfahrensmängeln beruhe, ist insofern begründet, als es nach den angestellten Ermittlungen zutrifft, daß der Berufungsausschuß einen Nachhaken als Sachverständigen vernommen hat, ohne daß dem Beschwerdeführer Gelegenheit gegeben worden ist, am Termine teilzunehmen oder sich zu dem Beweisergebnis zu äußern. Dann das verstoß gegen die dem Steuerpflichtigen solche Rechte ausdrücklich gewährleistende Vorschrift des § 241 der Reichsabgabenordnung, der nach § 34 des Gewerbesteuergesetzes im Rechtsmittelverfahren in Gewerbesteuersachen anzuwenden ist. Die Behauptung des Vertreters des Fiskus, die Entscheidung sei durch die Rüge des Gutachten nicht beeinflusst worden, kann hieran nichts ändern. Denn die Begründung der Entscheidung selbst läßt nicht erkennen, ob das wirklich so ist und eine nachträgliche Feststellung darüber zu treffen, erscheint nach der Aktenlage ausgeschlossen. Überdies ist der gleiche Verstoß gegen die Verfahrensregeln auch hinsichtlich der Verwendung der Aussagen anderer Auskunftspersonen festzustellen, die im Berufungsverfahren vernommen worden sind und deren Aussagen offenbar zugunsten des Beschwerdeführers benutzt worden sind.

Bei freier Beurteilung erweist sich aber die angefochtene Entscheidung auch als sachlich unbillig.

Die Entscheidung hängt, wie schon in dem ersten Urteil vom 25. 8. 1925 — C 21/25 — ausgesprochen worden ist, allein davon ab, ob — von besonderer Gestaltung der Verhältnisse im einzelnen Falle abgesehen — die Tätigkeit der Drucker ein in sich selbständiges Unternehmen bildet, eine in technischer oder wirtschaftlicher Hinsicht wesentlich selbständige Bedeutung im Arbeits- oder Gütererzeugungsprozess hat, oder ob sie lediglich im Rahmen eines fremden Gewerbetriebes ausgeübt wird, sich in ihren wesentlichen Bedingungen von der in Betriebsräumen eines fremden Unternehmers beschäftigten Arbeiter nicht unterscheidet. Die Frage ist aber nach den Ergebnissen der Ermittlungen in den Vorakten und den vom Oberverwaltungsgericht selbst noch an Ort und Stelle angestellten Erhebungen im Sinne der letzten Alternative zu beantworten.

Die Drucker bilden zwar insofern wirtschaftlich einen selbständigen Faktor im Gütererzeugungsprozess, als es im Sonneberger Bezirk von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, allgemein üblich ist, Druckerarbeiten außerhalb des Betriebes durch Personen in eigener Verantwortung vornehmen zu lassen und es also auf diesen Arbeitszweck zutrifft, daß er sich gewohnheitsmäßig in der Werkstatt eines gleichartigen, außerhalb von Betriebsräumen stattfindenden Massenbetriebes entwickelt hat (Entscheidung des Reichsverbandsrates in dessen amtlichen Nachrichten 1901 S. 181 und 1915 S. 267), weiter auch die Drucker in gewissem Umfang eine Unternehmertätigkeit dadurch ausüben, daß sie Arbeitsstoffe (Rohzucker, Druckform) selbst und auf eigene Rechnung beschaffen und zur Verfügung stellen. Die Drucker sind ferner auch unweifelhaft insofern persönlich unabhängig als in den Betrieben beschäftigte Arbeiter, als sie Beginn, Ende und Umfang der Arbeit frei bestimmen, auch Hilfskräfte beschäftigen können, an sich auch die selbständige Entscheidung darüber haben, ob sie nach Ausübung einer Bestellung das Verhältnis zum Unternehmer abbrechen oder fortsetzen wollen. Aber sie nehmen trotzdem im Produktionsprozess wirtschaftlich und persönlich eine ganz andere Stellung ein als die eigentlichen Haus-

gewerbetreibenden; denn je nach den Angaben der Beteiligten liegen die Verhältnisse so, daß die einzelnen Drücker ausnahmslos, wenn auch nicht vertragsmäßig, so doch tatsächlich zu einem oder mehreren bestimmten Fabrikanten...

Der Grund hierfür ist aber nicht sowohl in wirtschaftlicher Abhängigkeit zu suchen wie in der Art und dem Gegenstande der Beschäftigung, denn diese ist insofern von besonderer Eigenart, als die Waren, die die Drücker herstellen, obwohl Massenartikel...

Der Drücker ist daher durch die Eigenart des Arbeitsproduktes (Spezialmuster) und des Arbeitsvorganges (notwendige Verwendung vom Auftraggeber zu stellender Formen) nicht nur auf die Tätigkeit für bestimmte Auftraggeber und eine bestimmte Arbeitsweise beschränkt...

Insoweit unterscheidet er sich deshalb namentlich auch von solchen selbständigen Handwerkern, die an Großbetriebe liefern, oder vorwiegend im Haushalt ihrer Auftraggeber im Stille arbeiten; denn diese können immer auch nebenbei noch nach Belieben für andere Auftraggeber oder auf eigenes Risiko produzieren...

Hierdurch kann Selbständigkeit im Sinne des Gewerbesteuergesetzes bei den Drückern nur in Frage kommen, wenn besondere Umstände vorliegen, z. B. tatsächlich regelmäßige fremde Hilfskräfte gegen Lohn beschäftigt werden oder etwa es einem Drücker gelingen sollte, eigene Erzeugnisse gewerbmäßig selbständig zu verwerfen...

Mit diesem Urteil entfällt nicht nur für den Berufs- und Beschwerdeführer, sondern für sämtliche Drücker die Verantwortung zur Gewerbesteuer. Das hürtingische Rentamt Sonneberg hat diese Aufgabe unterm 27. August 1928 an unsere Geschäftsleitung in Sonneberg durch folgenden Wortlaut mitgeteilt:

Das Thüringische Oberverwaltungsgericht hat den Drücker Georg Gustav Reichen in Heimerdsdorf durch Urteil vom 7. Juni 1928 von der angeforderten Gewerbesteuer freigesetzt.

Mit Zustimmung des Thüringischen Finanzministeriums werden die Berufungen der übrigen Drücker durch Abgangstellung der Gewerbesteuer erledigt werden. Als Vertreter des O. Reichs geben wir Ihnen hieron Nachricht.

Dieser langwierigen Steuerstreit zu führen, war der Mühe wert, denn er hat uns eine Entscheidung gebracht, die viel befragten hat zur Klärung der Frage: Ist der Hausarbeiter selbständiger Gewerbetreibender oder wirtschaftlich abhängiger Arbeiter?

Internationale Arbeiterbewegung.

Die amerikanischen Gewerkschaften im Aufstieg.

Das Arbeitsstatistische Bureau der Vereinigten Staaten hat eine Erhebung durchgeführt über das Wachstum der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Nach den gewonnenen Daten betrug Mitte 1928 die Zahl der organisierten Arbeiter in Nordamerika 4.423.000, wovon etwa 2.200 auf Kanada, die übrigen auf die Vereinigten Staaten entfallen.

Gewerkschaftliche Fortschritte in China.

Wie die Reporter "New Leader" berichtet, macht die Gewerkschaftsbewegung unter den chinesischen Arbeitern Fortschritte im Süden des Reiches ungeheure Fortschritte. Im Mai 1928 wurde der Chinesische Gewerkschaftsbund gegründet, dieser Bund umfaßt ungefähr 200.000 Mitglieder.

Wirtschaftliches.

Gegen den Zollschutz.

Die Arbeiterpresse hat schon oft den wirtschaftlichen Unfortschritt des gegenseitigen Abschließens der einzelnen nationalen Wirtschaften durch hohe Zollschranken gekennzeichnet. Aber die maßgebenden Stellen in allen Ländern beachten diese Proteste und Warnungen der Arbeiterpresse nicht.

Daher kann keine Erholung in Deutschland eintreten, bis die Zollschranken in allen Ländern, den alten und den neuen, sich darüber klar geworden sind, daß Handel kein Krieg ist, sondern ein Austauschprozess, und daß in Zeiten des Friedens unsere Nachbarn unsere Kunden sind, und daß ihr Wohlstand eine Vorbedingung für unser eigenes Wohlergehen ist.

Zum Schluß wird dann der festen Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Wiedereinführung der Handelsfreiheit die beste Möglichkeit ist sich diegt, Handel und Kredit in der Welt wieder herzustellen.

Genossenschaftsbewegung.

Die Konsumvereine als Preisregulatoren.

Der Stadtrat zu Kulmbach hatte sich in einer seiner letzten Sitzungen unter anderem mit einer Eingabe der Kleinhandler zu befassen, die sich durch den zunehmenden Straßenhandel mit Lebensmitteln in ihrer Existenz bedroht fühlen und dabei auch auf die Mißstände hinwiesen, die mit dem Lebensmittelhandel auf offener Straße verknüpft sind.

Frauenfragen.

Junge Fabrikmädchen.

Sie meinen, das ist nicht der Tag, Der wird erst irgendwie und wann geboren. Sie sähen so, sie wären ausserorden und tragen Träume in den finstren Manerhos.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Robert Dymann f.

Der erste Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist, 28 Jahre alt, plötzlich gestorben. Auf der Rückfahrt von einer Amerikareise auf dem Schiff "Columbus" ist er einem Herzschlag erlegen.

Dymann ist am 8. August 1878 in Hülshausen bei Gammertshausen im Rheinland geboren. Als gelernter Metallarbeiter beschäftigte er sich schon in jungen Jahren in der Gewerkschaftsbewegung.

Ein Wohnungsbauprogramm.

Die gewerkschaftlichen Erwerbsverbände sowie Gewerkschaften und Kooperationsverbände sind mit einem großartigen Wohnungsbauprogramm an die Öffentlichkeit getreten. In den nächsten Monaten ist die Wohnverhältnisse für die untervermittelten Volksschichten zu verbessern.

Werbung sichern. Der Kapitalbedarf für ein Mindestbauprogramm wird auf 2.500.000.000 Mark für fünf Jahre veranschlagt. Die Baukosten sind für eine Neubauwohnung von 60-65 Quadratmeter Wohnfläche mit ungefähr 10.000 Mark anzusetzen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Dresden. Die Zahlstelle hielt am 22. Oktober ihre 3. ordentliche Generalversammlung ab, die erste nach der Vereinigung mit den Verbänden der Glas- und Porzellanarbeiter. Zum 1. Punkt der Tagesordnung entwickelte der Genosse Weckel sein Referat über die Landtagswahlen.

Penig i. Sachsen. Beschl. Die am 24. Oktober gutbesuchte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Penig ersucht Vorstand und Verbandsbeirat, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob die Möglichkeit besteht, innerhalb des UOB. eine Penionskasse zu errichten.

Satzungen. Von der Werbeweche. Die Agitation der Bezirkszahlstelle ist zur Zufriedenheit ausgefallen. Haben wir doch 250 neue Mitglieder gewonnen. Hervorragendes Verdienst an diesem Ergebnis hat den Kollegen Karl Wajz aus Satzungen und Adam Pfort aus Unterbreitbach zu. 250 neue Ortsgruppen wurden gebildet.

Rundschau.

Die neue 10-Pfennig-(Friedrichs-)Marke.

Der Reichspostminister Stingi hat uns mit neuen Brief- und sonstigen Freimarken verschiedener Art beehrt. Aber er hat zugleich der Republik einen Streich gespielt, indem er auf die gangbarste Marke den Kopf des Alten Friseurs machen ließ.

Der prämierte Schnaps.

Bei der Verteilung von Prämien an die Aussteller der "Gefesit" ist die Schnapsfirma Underberg mit der Goldenen Medaille der Großen Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Lebensübungen ausgezeichnet worden.

Die Bezirkszahlstelle Osterode-Herzberg (Harz).

Sucht zum sofortigen Antritt einen tüchtigen Geschäftsführer. Dem Bewerbungsschreiben sind selbstgeschriebene Abhandlungen beizufügen: 1. über den Lebenslauf; 2. über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung; 3. über die innere Organisation einer Bezirkszahlstelle.

Literarisches.

Gewerkschaften und Tarifrecht. Das Recht der Gewerkschaften auf tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen, so lautet der Titel eines von Dr. jur. und Dr. phil. Ludwig Finkbe verfassten Werkes. Erschienen ist das 112 Seiten starke Buch im Verlag von Paul Neumann in Köln. Preis 2,50 Mk.

"Lachen links" ist das republikanische Witzblatt. Jede Nummer kostet 25 Pf. und ist zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag J. H. W. Diez Nachfolger, Berlin SW 68.

Die Frauenwelt. Jedes Heft 30 Pf., mit Schnittmusterbogen 40 Pf. Zu beziehen durch alle Postanstalten oder durch die Volksbuchhandlung.

Die Gemeinde erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kann für 90 Pf. monatlich bezogen werden durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt unter Kreuzband vom Verlag J. H. W. Diez Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

Das Los der Vorbestraften. Jedem, der die engen, freilich oft ungesünderen Zusammenhänge zwischen Kultur und Kriminalität kennt, wird es einleuchten, daß das Verbrecherproblem endlich einmal auch vom volkswirtschaftlich-psychologischen Standpunkt aus behandelt werden muß. Diesen Versuch unternimmt mit außerordentlichem Geschick die Schrift des bekannten Berliner Gefängnis-pfarrers Dr. Velloß Klatt: "Das Los der Vorbestraften" (Verlag Alfred Wegner, Berlin SW 61; Preis 1 Mk.).